



BILD: SN/BCN (2), AP

Das Ende von Allende

Schmutziges Spiel in Santiago.

Salvador Allende war der erste dezidiert sozialistische Politiker, der auf demokratischem Weg an die Macht kam. Vor 50 Jahren wurde er von Chiles Militär gestürzt – auch mithilfe der USA.

HELMUT L. MÜLLER



Großes Bild: Salvador Allende bei der Abnahme einer Parade kurz vor seinem Sturz und Tod. Rechts: Verhaftungen durch die rechtsgerichteten Putschisten. Unten: Der Präsidentenpalast steht nach Luftangriffen in Brand. Kl. Bild: Augusto Pinochet, Diktator auf Jahrzehnte.

Diese Szene hat sich in das kollektive Gedächtnis der Nation eingebrennt: Chiles Luftwaffe bombardiert die Moneda, den Regierungspalast in Santiago. Präsident Salvador Allende hält dort eine letzte dramatische Rede, bevor er sich das Leben nimmt. Mit dem Putsch am 11. September 1973 reißt das Militär die Macht an sich. Die Generäle, die sich demonstrativ mit dunklen Sonnenbrillen und verschränkten Armen fotografieren lassen, errichten unter der Führung von Augusto Pinochet eine 17 Jahre dauernde Diktatur. Es ist ein Trauma, von dem das Land bis heute nicht loskommt. Dieser Staatsstreich bedeutete einen tiefen Einschnitt in der Geschichte Chiles, das bis dahin als „besonders stabile Demokratie“ gegolten hatte, erläutert der Historiker Stefan Rinke von der Freien Universität Berlin. Auch Chile folgte jetzt dem regionalen Trend, dass sich in den Ländern Südamerikas, beginnend mit Brasilien, Militärdiktaturen eines neuen Typs etablierten. Ihr Autoritarismus ging weiter als die Herrschaft der Caudillos, die Lateinamerika schon im 19. Jahrhundert und im frühen 20. Jahrhundert erlebt hatte. Der Putsch gegen Allende war auch von globaler Bedeutung, so Rinke im SN-Gespräch, „weil er auf einem Höhe-

punkt des Kalten Krieges stattfand und sozusagen als Stellvertreterkrieg zwischen den Blöcken in Ost und West verstanden wurde“.

Allende, 1970 zum Präsidenten gewählt, strebte fundamentale Veränderungen an. Das Programm seiner Regierungskoalition (Unidad Popular oder Volkseinheit) umfasste die Nationalisierung der zentralen Industrien wie der Kupferindustrie, eine umfassende Landreform sowie soziale Reformen zugunsten der Armen – beispielsweise eine Bildungsreform, die das System für breitere Bevölkerungsschichten öffnen sollte. Allende selbst sprach vom „chilenischen Weg zum Sozialismus“. Anders als beim kubanischen Modell sollte sich diese Entwicklung innerhalb der bestehenden Institutionen im Rahmen der geltenden Gesetze vollziehen. „Es war ein revolutionärer Reformismus oder eine reformerische Revolution“, resümiert Rinke. „Das erschien in gewisser Hinsicht paradox; und es sollte sich bald erweisen, dass es sehr schwer durchsetzbar war.“

Zwar wurde die Nationalisierung der Kupferindustrie noch von allen politischen Gruppen begrüßt und als große nationale Errungenschaft gefeiert. Doch Allende sah sich von Anfang an der strikten Opposition der Rechten gegenüber. Eine Kapitalflucht setzte ein: Reiche Chilenen brachten im



Ausland ihr Geld in Sicherheit. Auch ausländische Investoren, die von der Verstaatlichung betroffen waren, zogen ihr Geld ab. Als sich die Versorgungslage verschlechterte, formierten sich auf der radikalen Rechten terroristische Vereinigungen, die Anschläge verübten. Hinzu kam, dass die US-Regierung unter Präsident Richard Nixon auf jene Kräfte in Chile setzte, die die Regierung Allende so schnell wie möglich loswerden wollten.

Von Henry Kissinger, damals Nationalem Sicherheitsberater und Außenminister, gibt es tatsächlich deutliche, ja drastische Äußerungen zum Kurs von Chiles sozialistischem Staatschef. Vor Allendes Wahl zum Präsidenten hat der US-Politiker versichert: Washington könne nicht zuschauen, wenn ein Land wie Chile kommunistisch werde. Nach Allendes Amtsantritt redet Kissinger solcherart Klartext: Dieser Mann sei zwar frei gewählt. Aber die US-Regierung müsse jetzt danach trachten, seine Regierungsfähigkeit zu untergraben, damit er der Welt kein Erfolgsmodell präsentieren könne.

Lateinamerika-Experte Stefan Rinke bestätigt, dass die US-Regierung zuerst mittels geheimdienstlicher Aktivitäten alles in Chile gefördert habe, was eine Wahl Allendes verhindern konnte. Danach habe Washington alle Maßnahmen unterstützt, so sein Befund, die zur Destabilisierung seiner Regierung beitrugen. Man strengte internationale Verfahren an, die sich gegen die Verstaatlichungen richteten. Man organisierte den Boykott von Importen, die Chile dringend benötigte, um eigene Unternehmen am Laufen zu halten. Man setzte die Unterstützung für Chiles Militärs fort, die man frühzeitig als potenziellen Bündnispartner im Kampf gegen Allende erkannt hatte.

Noch immer sind nicht alle Dokumente zum 11. September 1973 publik. Aber klar ist inzwischen: Der US-amerikanische Geheimdienst hatte seine Hand im schmutzigen Spiel. Es habe direkte Verbindungen zu den Putschisten gegeben, berichtet Rinke. Diese seien von Washington finanziell und bei der Vorbereitung ihrer Aktion unterstützt worden. Dennoch darf man nach der Darstellung des Historikers nicht den Eindruck gewinnen, die USA hätten diesen Putsch angestoßen oder alles sei dabei von der Initiative der USA abhängig gewesen. „Die chilenischen Militärs waren nicht bloß Marionetten, die an den Fäden der Regierung in Washington hingen“, betont Rinke. Vielmehr hätten diese Militärs auf eine interne chilenische Situation reagiert. Breite bürgerliche Schichten protestierten demnach gegen die wachsende Instabilität im Land. Auch auf der Linken wurden Radikale aktiv, die Allende vorwarfen, er sei „nicht revolutionär genug“, und deshalb glaubten, mit Gewalt Opposition betreiben zu müssen.

Für das Geschehen in Chile habe jedenfalls auch die US-Regierung „einen Teil der Verantwortung“ auf sich geladen, stellt Stefan Rinke fest. Der Historiker sieht das Verhalten Washingtons in erster Linie im Kontext des Kalten Krieges. Es hatte, so analysiert er, viel mit der Revolution auf Kuba zu tun: „Die USA konnten beobachten, wie sich dieses Land unter der Führung von Fidel Castro radikalisierte und schließlich in das Lager des Ostblocks rückte. Das wollten sie in Südamerika unter allen Umständen verhindern.“ In den Köpfen der US-Amerikaner war noch immer die Domino-Theorie präsent: Wenn ein Staat fällt, dann werden auch andere Staaten fallen. Machtpolitik zählte mehr als Moral. Jahrzehntlang paktierten die USA in Lateinamerika mit Despoten – auch mit Pinochet – und sahen dabei über schlimmste Verbrechen hinweg, solange diese Gewalt herrscher im Lager des Westens blieben und taten, was von ihnen verlangt wurde, vor allem in Opposition zur Sowjetunion und zum Ostblock.

Die Folge ist eine in Lateinamerika bis heute spürbare Skepsis gegenüber der US-amerikanischen Außenpolitik. Auf negativen historischen Erfahrungen beruht nach dem Eindruck Rinkes ein weitverbreiteter Anti-Amerikanismus, der sich politisch jederzeit gegen „Yankees“ oder „Gringos“ mobilisieren lässt. Konsterniert muss der Westen zur Kenntnis nehmen, dass es etwa bei der Latino-Linken durchaus Verständnis gibt für Russlands Position im Ukraine-Konflikt. Zum Weiterlesen: Stefan Rinke, „Kleine Geschichte Chiles“, Beck, München 2022. Günther Wessel, „Salvador Allende – Eine chilenische Geschichte“, Ch.-Links-Verlag, Berlin 2023. Ein ausführliches Interview mit Stefan Rinke finden Sie unter: www.SN.at/wochenende.